

EU-Newsletter Nr. 06/2010 vom 21. Dezember 2010



EuGH-Urteil zu Arbeitszeit bei der Berufsfeuerwehr

Ein Angehöriger der Berufsfeuerwehr Halle (Sachsen-Anhalt) hat vor dem Europäischen Gerichtshof ein Verfahren zur Arbeitszeitrichtlinie gewonnen (Aktenzeichen C-429/09). Der EuGH hat festgestellt, dass auch für Feuerwehrleute im Einsatz höchstens eine 48-Stunden-Woche gilt. Wer ständig länger im Einsatz ist, hat Anspruch auf Freizeit oder Geld. Der Hauptbrandmeister hatte laut Dienstplan über Jahre hinweg im Schnitt pro Woche 54 Stunden arbeiten müssen. Für die abgeleistete Mehrarbeit verlangte der Beamte eine Entschädigung. Dies lehnte die Stadt Halle ab. Zudem wurde er gegen seinen Wunsch in die Leitstelle versetzt. Das Verwaltungsgericht Halle entschied, dass der Feuerwehrmann nach nationalem Recht keinen Anspruch auf Ausgleich habe.

Das sahen Europas höchste Richter anders. Auch wenn der Dienstherr eine längere Arbeitszeit festsetze, könne sich der Kläger auf EU-Recht berufen. Die Form der Entschädigung sei Sache des Mitgliedsstaates; sowohl Freizeitausgleich als auch finanzielle Zahlungen seien möglich. Zahlen müsse dies die öffentlich-rechtliche Hand. Das Verwaltungsgericht Halle hatte das Verfahren zur EuGH-Entscheidung ausgesetzt.

Über den nachstehendem Link gelangen Sie zum Urteil:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&numaff=&nomusuel=fu&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&alldocrec=alldocrec&docor=docor&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoor=docnoor&radtypeord=on&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALL&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

Sicherheitspiktogramme

Der Ministerrat hat eine Schlussfolgerung beschlossen, in der eine Vereinfachung und Vereinheitlichung von Sicherheitspiktogrammen gefordert wird. Hintergrund sind unter anderem die Sprachenvielfalt in der EU und die gestiegene Mobilität. Hierfür soll ein europaweiter Katalog von Sicherheitspiktogrammen geschaffen werden, der die nationalen und europäischen Richtlinien berücksichtigt, wie beispielsweise Hinweisschilder zur Videoüberwachung, Hinweise auf die nächste Polizeistation.

Weitere Informationen (in englischer Sprache) finden Sie hier:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/118137.pdf



Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit eröffnet

Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jean-Marc Delizée, belgischer Staatssekretär für soziale Angelegenheiten, und Marian Harkin, Mitglied des Europäischen Parlaments, haben in Brüssel das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF) 2011 eröffnet. „Ich möchte den Millionen Europäern danken, die sich die Zeit nehmen, um unsere Welt lebenswerter zu machen“, sagte Viviane Reding. „Wir alle können Bedürftigen helfen. Freiwilliges Engagement fördert Solidarität und sozialen Zusammenhalt, die zentralen europäischen Werte. Zu Beginn des Europäischen

Bundesgeschäftsstelle

Reinhardtstraße 25
10117 Berlin

Telefon

(0 30) 28 88 48 8-00

Telefax

(0 30) 28 88 48 8-09

E-Mail

info@dfv.org

Internet

www.dfv.org

Präsident

Hans-Peter Kröger

Jahres der Freiwilligentätigkeit möchte ich zur Unterstützung der freiwilligen Helfer aufrufen. Nunmehr ist es an der Zeit, zu teilen und etwas zurückzugeben, um den Helfern zu helfen!“

Die Kommission arbeitet hier eng mit der „Allianz“ der Freiwilligenorganisationen, dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten, dem Ausschuss der Regionen, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Europarat und dem Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen zusammen.

Die vollständige Pressemeldung können Sie hier abrufen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1640&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäische Website zum EJF 2011 <http://europa.eu/volunteering/>



Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der Kommission

Der Rat hat eine Stellungnahme zur Mitteilung „Auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Katastrophenabwehr: die Rolle von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe“ der Kommission vom 26. Oktober 2010 veröffentlicht.

Kurz zusammengefasst werden darin folgende Punkte angesprochen:

Katastrophen werden immer häufiger, bei deren Abwehr muss jedoch die Subsidiarität gewahrt bleiben. Eine Zusammenarbeit mit militärischen Mitteln sollte bedacht werden. Die EU sollte beim Einsatz von Mitteln aus den Mitgliedsstaaten eine Koordinierungsrolle haben. Insgesamt steht der Rat der Mitteilung positiv gegenüber, auch wird eine Stärkung des MIC begrüßt.

Es gibt allerdings noch Raum für Verbesserungen in den Bereichen:

- Planung
- Poolmittel sollen vordefiniert sein, ihre Einsatzzeit festgelegt werden. Die Verfügbarkeit soll auf freiwilliger Basis sein, die Mitgliedsstaaten sollen die volle Autorität über diese Mittel behalten
- Transport
- Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere der UN
- Sichtbarkeit von Mitteln aus der EU

Die Stellungnahme finden Sie hier:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/genaff/118495.pdf

[Seiten 8-10](#) (in englischer Sprache)



Empfehlung des Europäischen Parlamentes

Das Europäische Parlament hat eine Empfehlung an den Rat zur „Schaffung eines Instruments der EU zur raschen Reaktion auf Krisen“ mit 557 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 72 Enthaltungen verabschiedet. Der Bericht basiert auf der Empfehlung des Entwicklungsausschuss, der im Europäischen Parlament für Katastrophenschutz zuständig ist.

Den angenommenen Text finden Sie hier:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0465+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Hessischer Landtagspräsident Kartmann wird Berichterstatter für Katastrophenschutz im Ausschuss der Regionen

Der hessische Landtagspräsident Norbert Kartmann ist in der Sitzung der Fachkommission NAT (Fachkommission für natürliche Ressourcen) des Ausschusses der Regionen (AdR) der EU zum Berichterstatter für den Bereich Katastrophenschutz bestellt worden. Kartmann wird damit zum ersten Ansprechpartner für die Mitteilung der Kommission „Auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Katastrophenabwehr: die Rolle von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe“.

Die Pressemitteilung des Hessischen Landtages:

<http://www.hessischer-landtag.de/icc/Internet/nav/889/broker.jsp?uMen=95f305da-b315-9911-a7c5-ab64c48b23a9&uTem=aaaaaaaa-aaaa-aaaa-bbbb-000000000005&page=1&pagesize=10&all=true&uCon=d7b06d4c-34bc-c21f-fece-8352184e3734>

Frohe Weihnachten!

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2011!

Der Newsletter des Deutschen Feuerwehrverbandes ist ein Informationsangebot an alle Menschen, die sich in der Feuerwehr oder für die Feuerwehr engagieren. Gerne können Sie ihn an Interessierte weiterleiten oder unter www.feuerwehrverband.de/newsletter direkt abonnieren. Abmeldungen sowie Änderungen der Mailadresse können Sie dort ebenfalls direkt vornehmen.

Deutscher Feuerwehrverband
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Verantwortlich:
Cornelia Andree
(Referentin Internationale Beziehungen)
Telefon (030) 28 88 48 8-24
E-Mail andree@dfv.org